

Wird dem atomaren Wettrüsten Einhalt geboten?

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **43 (1970)**

Heft 9

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-518053>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wird dem atomaren Wettrüsten Einhalt geboten?

Ursachen und Ziele der Wiener Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion

Die seit mehr als zwei Monaten in Wien zwischen den USA und der Sowjetunion geführten Verhandlungen gelten dem, was die angelsächsischen Strategen als «Arms control», also Rüstungskontrolle umschreiben. Massnahmen auf diesem Gebiet haben zum Zweck, die Stabilität einer bestimmten oder verschiedener strategischer Ebenen zu erhalten oder wieder herzustellen *). Und als stabil bezeichnet man gemeinhin eine Ebene, wenn keiner der auf ihr präsenten Akteure vernünftigerweise daran interessiert sein kann, die Gewalt auf eben dieser Ebene zu entfesseln, weil der Preis gemessen am erstrebten Gewinn viel zu hoch wäre. Rüstungskontrollmassnahmen verfolgen noch weitere Zwecke, wie etwa den, die Gewalt im Fall des bewaffneten Konflikts in Schranken zu halten, also beispielsweise zu verhindern zu suchen, dass der Einsatz einiger weniger Kernwaffen sozusagen automatisch den mörderischen, spasmodischen Schlagabtausch zwischen den zwei Grossmächten USA und Sowjetunion nach sich zöge.

Rüstungskontrolle bedeutet nicht Abrüstung

Entgegen einer verbreiteten Auffassung besagt somit Rüstungskontrolle, richtig besehen, nicht notwendigerweise Abrüstung, sie kann vielmehr, im Blick auf das primäre Ziel der Stabilität, auch Rüstungsmassnahmen erheischen. So kann der amerikanische Entschluss, die Überlebenschancen der am Boden befindlichen Vergeltungsmittel, Langstreckenraketen und Bomber, angesichts der bedrohlich anwachsenden sowjetischen Offensivkraft durch Raketenabwehrraketen, durch das System Safeguard zu verbessern, als Vorkehrung zur Erhaltung der Stabilität der nuklearen Ebene beurteilt werden. Safeguard steht damit keineswegs im Widerspruch zu den Zielen der Rüstungskontrolle.

Grundlagen der atomaren Stabilität

Worum geht es nun, konkreter, in Wien bei SALT, also den «Strategic Arms Limitation Talks»? Wie es ein prominentes Mitglied der amerikanischen Delegation, Harold Brown, vor Jahresfrist in «Foreign Affairs» ausgedrückt hat, handelt es sich namentlich um die Erhaltung der Abschreckung, somit der Sicherheit vor dem grossen atomaren Krieg. Denn diese könnte in absehbarer Zeit durch technologische Fortschritte, die bereits erzielt worden sind beziehungsweise sich abzeichnen, und entsprechende Rüstungsanstrengungen gefährdet werden. Während es sehr schwer fällt, einigermaßen Verbindliches über die Wiener Verhandlungen auszusagen, ist es möglich, zuverlässige Angaben über die strategische Situation sowohl als auch über die der Stabilität auf der nuklearen Ebene drohenden Gefahren zu machen.

Beide Grossmächte, USA und Sowjetunion, können heute damit rechnen, dass sie dem Gegenspieler untragbare Verluste im zweiten Schlag zufügen könnten, wenn dieser einen ersten, überraschenden Schlag führen würde, und zwar selbst wenn dieser erste Schlag mit allen geeigneten verfügbaren Mitteln versetzt würde. George W. Rathjens sprach 1969 davon, dass die USA der Sowjetunion mit grosser Wahrscheinlichkeit Verluste in der Grössenordnung von mehr als der Hälfte der Bevölkerung nach Hinnahme eines russischen ersten Schlages zuzufügen imstande wären. Die USA können heute mit 1054 Langstreckenraketen (Minuteman I und II sowie Titan), 656 Polaris U-Boot-Raketen sowie rund 450 Bombern etwas weniger als 4000 nukleare Sprengköpfe einsetzen. Dabei würden, nach Aussagen des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers McNamara, 400 Sprengköpfe von jeweils 1 Megatonne genügen, um dem Gegner Verluste im Umfang von 30 % der Bevölkerung und 76 % des Industriepotentials beizubringen. Die Verwundbarkeit der USA ist wahrscheinlich noch grösser, weil rund 60 % der Industrie und 40 % der Bevölkerung in 54 Ballungsgebieten konzentriert sind.

Vielfalt der Vergeltungswaffen erhöht deren Überlebenschancen

Die Trägersysteme werden durch verschiedene Massnahmen geschützt: durch Verbunkerung und Auflockerung, hohe Alarmbereitschaft eines Teils der Bomber, Unterbringung von Raketen auf U-Booten usw. Die USA vor allem legen grossen Wert darauf, eine «Mischung» von Vergeltungsinstrumenten zu unterhalten, nämlich Bomber, bodengestützte Raketen sowie ab U-Boot einzusetzende Raketen. Jeder Waffentyp hat seine besonderen Merkmale. Um sie alle auszuschalten, müsste ein Gegner sowohl verschiedenartige Angriffsmittel als auch verschiedene Abwehrsysteme besitzen, was überaus kostspielig wäre.

*) Siehe dazu: Schwarz-Hadik «Strategic Terminology», Econ 1966.

Diese auf der Fähigkeit beider Seiten, einen Gegenschlag zu führen, beruhende stabile Abschreckung läuft nun, wie nicht anders zu erwarten war, Gefahr, durch technologische Fortschritte in Frage gestellt zu werden. Es sind weit mehr qualitative Fortschritte als die blosse Vermehrung der Mittel der einen oder beider Seiten, die diese Gefahr heraufbeschwören. Sie wird sich nicht morgen oder in den allernächsten Jahren, sondern, wie G. Warren Nutter, Assistant Secretary of Defense der USA, im letzten Sommer in «*Ordnance*» schrieb, in der Mitte der siebziger Jahre beginnenden Periode erheben.

Die im Hinblick auf die Stabilität beunruhigendsten Neuerungen sind die erheblich verbesserte Treffsicherheit der Raketen in Verbindung mit deren Ausstattung mit Mehrfachsprengköpfen, die verschiedene Ziele treffen können, sowie die Möglichkeit, wirksame Raketenabwehrsysteme aufzustellen. Diese zum Teil in Verwirklichung begriffenen Neuerungen lassen es als denkbar erscheinen, dass die eine Seite in einigen Jahren dank treffsicherer Raketen mit Mehrfachsprengköpfen einen beachtlichen Teil der bodengestützten Waffensysteme des Gegenspielers überraschend zerschlagen könnte, worauf eine sehr leistungsfähige Abwehr des Angreifers einen erheblichen Teil der überlebenden Waffen abfangen würde. Wenn auch kaum anzunehmen ist, dass die eine oder andere Seite je auf diese Weise eine Erstschlagfähigkeit erlangen würde, müssten diese neuen Entwicklungen doch zu einer Beschleunigung des Rüstungswettlaufes führen, die unter verschiedenen Gesichtspunkten nachteilig erscheint.

Keine einfache Lösung in Sicht

Angesichts der grossen Kompliziertheit der Materie, die mit der unterschiedlichen Struktur der Kräfte beider Seiten sowie mit dem Problem der Kontrolle zusammenhängt, wäre es verfehlt, eine einfache und rasche Lösung des Problems zu erwarten. Es ist nicht anzunehmen, dass sich die Grossen auf den Verzicht beispielsweise auf die Mehrfachsprengköpfe, die gegen verschiedene Ziele eingesetzt werden können, oder auf die Raketenabwehr einigen werden. Erwarten kann man eher eine bessere gegenseitige Information, dank der an sich überflüssige, nur angesichts der Ungewissheit über die Absichten des anderen ergriffene Rüstungsmassnahmen vermieden würden, sowie unter Umständen Absprache über den in diesem oder jenem Bereich zu erreichenden Rüstungsstand. Man könnte zum Beispiel — mit einem Seitenblick auf China — übereinkommen, die Raketenabwehr bis zu einem Grade auszubauen, der einen erheblichen Schutz gegen Angriffe durch dritte Mächte (China) bieten würde. Man könnte eine maximale Zahl von Raketen, die beide Seiten besitzen dürften, und U-Booten, namentlich Jagd-U-Booten, die mit der Zeit eine Gefahr für die Raketen-U-Boote bedeuten können, vereinbaren. Man wird aber qualitative Verbesserungen wahrscheinlich nicht verhindern können und infolgedessen selbst bei einem erfolgreichen Verlauf der SALT auch in Zukunft um Rüstungsanstrengungen kaum herumkommen.

Dominique Brunner

Was darf die Armee kosten?

Der sozialdemokratische Angriff auf die Militärausgaben

Das Weissbuch 1970 «Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr», das vom deutschen Bundesverteidigungsministerium jüngst publiziert wurde, enthält folgende Sätze zur Bedrohung: «Dennoch ist nicht zu leugnen: In Mitteleuropa unterhält der Warschauer Pakt wesentlich stärkere konventionelle Streitkräfte als die NATO. Sie sind weit stärker, als dies für die Abwehr eines Angriffs aus dem Westen nötig oder für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Vorherrschaft erforderlich wäre. Die Existenz solch riesiger Streitkräfte darf nicht als Bluff betrachtet oder behandelt werden. Zudem erhöhen die Sowjetunion und ihre Verbündeten — anders als der Westen — ihre Verteidigungsanstrengungen von Jahr zu Jahr weiter. Es gibt kein konventionelles Gleichgewicht in Zentraleuropa.» Diese nüchterne Beurteilung macht sich eine sozialdemokratische Regierung zueigen; sie bildet das Ergebnis einer eingehenden, von einem sozialdemokratisch geführten Ministerium unseres nördlichen Nachbarn vorgenommenen Lageanalyse. Sie steht in denkbar schärfstem Gegensatz zur Forderung des Parteitag der schweizerischen Sozialdemokraten von Ende Juni, die Militärausgaben seien um 20 % zu kürzen.